

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

231 (22.8.1933) Der Arbeiter im Betrieb

Der Arbeiter im Betrieb

Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Marxisten-Reich oder Drittes Reich?

9. November 1918 und 30. Januar 1933; wenn der deutsche Arbeiter (Unter Arbeiter sind alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu verstehen) diese beiden Kalendertage in Vergleich zieht, so wird er bei ganz nüchternen Prüfung ganz überraschende Feststellungen machen.

Am 9. November 1918 hatte der Marxismus die absolute Herrschaft über Deutschland in der Hand. Noch nie hat eine Partei bei ihrem Regierungsantritt eine so reißende Machtfülle besessen, als diese „Todfeinde des Kapitalismus“.

Am 30. Januar 1933 ging der Nationalsozialismus mit drei Männern — nach demokratischen Begriffen also mit einer trostlosen Minderheit — in die deutsche Reichsregierung hinein. In allen erzkonservativen Herzen der Marxisten und der anderen stetig die süße Hoffnung auf ein baldiges Ableben der „Kapitalistenknechte“ einerseits, der „Nationalen Volksgewalt“ andererseits auf.

Schon in den 1. Wochen nach der Machtübernahme kannten die Marxisten kein anderes Ziel, als möglichst bald zur Wahl zu gehen, um der Demokratie Rechnung zu tragen, mit anderen Worten, um auch ihren Gegnern — also den Anhängern der kapitalistischen Idee — die Möglichkeit des Mitregierens zu geben.

Aber auch die nationalsozialistischen Männer der Reichsregierung forderten sofort nach ihrem Eintritt Neuwahlen. Aber welcher Kontrast! Nicht um den Gegner zur Mitregierung heranzuführen zu lassen, nein, sondern mit dem Motto:

Die ganze Macht dem Nationalsozialismus!

Angeekelt von der Feigheit der Not haben im Jahre 1919 Millionen von Arbeitern ihren anderen Todfeinden, den liberalistischen Parteien, ihre Stimme gegeben.

Wie anders am 5. März 1933!

Mitglieder von dem unerhörten Selbstvertrauen Adolf Hitlers, voller Bewunderung der sieghaften Kraft des Nationalsozialismus, haben die Deutschen freiwillig den Anspruch auf die uneingeschränkte Macht auf ihn übertragen.

Am 9. November 1918 und die folgenden Jahre haben die Marxisten

den Arbeitern alles Gute und Schöne versprochen

— daß sie nicht ein einziges Versprechen eingehalten haben, ist bekannt. —

Wir Nationalsozialisten haben Jahr und Tag dem deutschen Volk Opfer und Pflichten in Aussicht gestellt,

falls wir einmal an der Macht sind. Adolf Hitler hat aber gleich nach dem 30. Januar 1933 erklärt:

„In vier Jahren geben wir dem deutschen Volke die Möglichkeit, darüber abzustimmen, ob es mit unserer Arbeit zufrieden ist oder nicht.“

Die „Partei der Arbeiter“ hat Ende 1918 durch die marxistischen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter abgeschlossen. Aber trotz dieses Vertrages hat ein Streik den anderen, eine Aussperrung die andere gejagt. Das war ein typisches Merkmal dieses Systems: Die große Geste eines spätklassen Schwärmings.

15 Jahre später: Die Parole heißt

Volksgemeinschaft!

Bei der Parole bleibt es aber nicht. Der Befehlsgang folgt sofort die Tat. Eine Gemeinschaft muß miteinander und darf nicht gegeneinander arbeiten. Deshalb:

Streikverbot — Aussperrungsverbot.

Hand aufs Herz! Fühlt sich wirklich ein deutscher Arbeiter unfrei, weil er nicht mehr streiken darf? Frage doch einmal eine brave Arbeiterfrau, die die Last der Folgen eines Streiks schon getragen hat, ob sie schimpft, weil ihr Mann von den Jungen nicht mehr von seiner Arbeit weggeholt werden kann.

Eine ganz besonders veredelte Frucht fiel im Dezember 1918 vom marxistischen Wunderbaum. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“. Was waren sie da stolz darauf! Nur die schwarz-rot-goldenen Verbände wurden vom Staat als „Träger“ der Tarifgemeinsamkeit anerkannt. Das waren echte Weimarergemeinschaften, insofern, als der größere Teil der Arbeiterschaft aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen war. In ihrer Blütezeit waren nämlich von den rund 28 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern in den Gewerkschaften rund 12 Millionen organisiert, die übrigen 16 Millionen hatten nichts zu melden. Wahrscheinlich gibt es heute schon ungezählte Sonderktau-

jende, die früher auf diese „Proletarische Klassenfront“ eingeschworen waren, die heute begreifen, warum diese wunderliche Tariffabrik so kläglich pleite machen mußte.

Dem Arbeiter gehen die Augen über, wenn er heute sieht, daß der Begriff „Wirtschaftliche Vereinigung“ aus dem Sprachschatz der Unternehmer- und Arbeiterverbände einfach gestrichen ist. Einfach gestrichen! Im Frühjahr 1933. Unter nationalsozialistischer Herrschaft! Und der Himmel stürzt nicht ein. Im Gegenteil, noch nie haben die kollektivistischen Arbeitsverträge eine so sichere Grundlage gehabt, als heute.

Es kommt einem unwillkürlich das Sachsen an, wenn man an das Jahr 1930 zurückdenkt, wo die Gralshüter des heiligen Tarifempels, die Tarif-Garanten des „Proletariats“, die Herren Karl Severing und Prof. Sinaheimer, mit ihren Schiedsprüchen im Namen des marxistischen Reiches den

Abbau der Löhne und Gehälter

eingeleitet haben. Es kommt einem das Sachsen an, weil wir heute wissen, daß es in Deutschland keinen Tarifvertrag mehr gäbe, wenn der Nationalsozialismus nicht gerade noch im letzten Augenblick an die Macht gekommen wäre.

Ja, ja! Das Marxistenreich! Da haben sie im Jahre 1918 die Macht übernommen. Unsere Wirtschaft war trotz des verlorenen Krieges im Vergleich zum Winter 1933 reich zu nennen. Sie haben sie mit ihrem Silberding im Jahre 1923 bettelarm gemacht. Und haben sie dann an den internationalen Kapitalismus verhöflet; nichts anderes bedeutet das Vereini-

holen der wahnwitzigen Milliarden-Auslandskredite.

Haben diese Gelder heringeholt angeblich, um die Wirtschaft wieder „anzukurbeln“ mit dem Endeffekt, daß bei ihrem Abgang die deutsche Wirtschaft zu Tode gefurchelt und sieben Millionen Arbeiter zum Hungern verurteilt waren.

Diese todwunde Wirtschaft, diese sieben Millionen Erwerbslosen, waren die traurige Hinterlassenschaft der Marxisten aller Schattierungen.

Man braucht wirklich nicht viel Phantasie zu besitzen, um sich eine Vorstellung davon machen zu können, was aus dem Deutschen Reich geworden wäre, wenn die Wirtschaft im Jahre 1918 in einem so trostlosen Zustand wie heute hätte von den Marxisten übernommen werden müssen.

Und wenn man sich dahin verlegt, dann erscheint die Leistung des Nationalsozialismus in einem um so günstigeren Licht. In einem halben Jahre die Wirtschaft so zu beleben, daß über 2 Millionen Erwerbslose wieder in Brot

sehen, in so kurzer Zeit aus einer korrupten Staatsmaschinerie einen Staat von Sauberkeit und starker Ordnung zu schaffen, das muß auch dem borniertesten Gegner die Augen öffnen.

Wer wirklich guten Willens ist, der braucht nichts anderes zu tun, als Vergleiche zwischen einst und jetzt zu ziehen. Dann kann er nur zu der Erkenntnis kommen:

Das Bessere ist das Dritte Reich!

W. N.

Schwerer Mißbrauch mit Arbeitergeldern

Es haben sich neuerdings Quittungen gefunden, die beweisen, in welcher unerantwortlicher, man möchte fast sagen, in welcher verbrecherischer Weise die „Führer“ der deutschen Gewerkschaftler mit den Groschen der vertrauensseligen Arbeitern umgegangen sind.

Vor uns liegen 11 Originalquittungen, deren vorgedruckter Wortlaut folgender ist:

Quittung
Der Unterzeichnete bezeugt hiermit, am heutigen Tage für die Sozialdemokratische Partei

..... Mk. Pf.
in Worten

als

empfangen zu haben.

Berlin, den 19
Es ist hochinteressant, was die nach außen hin immer so überheblich sich gebärende SPD als Zweckgründe des Geldempfanges angeführt hat; ebenso interessant ist die rauh aufeinanderfolgende Reihenfolge der Geldabgabe. Wir lassen hier Datum, Betrag und Zweckangabe folgen. Die erste Quittung ist unterzeichnet mit: Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, a. e. C. r. u. m. m. e. r. l. alle übrigen tragen die Unterschrift: M. Westphal.

28. 6. 32	50 000 Mk.	(Mitt. Deutsch. Gewerkschafts-Bund.)
11. 7. 32	35 000 Mk.	Unterstützung
20. 7. 32	25 000 Mk.	Konto-Zahlung (!)
1. 8. 32	13 000 Mk.	Unterstützung
9. 9. 32	41 000 Mk.	Beihilfe
17. 10. 32	50 000 Mk.	Beihilfe

19. 10. 32	20 000 Mk.	Konto-Zahlung (!)
24. 10. 32	35 000 Mk.	Unterstützungsbetrag
26. 10. 32	25 000 Mk.	Konto-Zahlung (!)
28. 10. 32	20 000 Mk.	Beihilfe
9. 11. 32	1 500 Mk.	Unterstützung.

In nicht ganz 4 1/2 Monaten also hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts-Bund an die Sozialdemokratische Partei

die Riesensumme von 315 500 RM.

in Worten Dreihundertfünfhundertsechszehnhundertfünfzigtausend Mark, als Unterstützung! Bezahlt und das ausgerechnet zu einer Zeit, in der es den Gewerkschaften von Tag zu Tag schlechter ging; zu einer Zeit, da die Unterführer-Einrichtungen der Gewerkschaften ihre Leistungen immer mehr verletzten; zu einer Zeit, da Woche für Woche Dutzende braver Arbeiter, um der bitteren Not der Arbeitslosigkeit zu entkommen, in den Freiheit taumelten.

Und das Geld bekamen die W. S., S. C. H. e. m. a. n. n., V. o. g. e. l., die heute in Prag in den Luxus-hotels wohnen und jeden Tag aus neue die deutschen Arbeiter verraten und verkaufen.

Fürwahr, welchen Gewerkschaftler erfährt nicht Ekel und Mut über den Gestank, der heute aus dem Unratshaufen aufkommender Bonzenherrlichkeit heraufbrodet und immer noch kein Ende nehmen will? Ob es wohl noch einen Arbeiter in Deutschland gibt, der nicht die Auffassung hat, daß diese Lotengräber deutschen Arbeiterturns viel zu großzügig behandelt worden sind?

Der soziale Gedanke in der Sozialversicherung

Der soziale Gedanke war schon in früherer Zeit auf verschiedenen Gebieten entwickelt, er wurzelte in der Erkenntnis, daß der Unternehmer für die nur auf ihre Arbeitskraft angewiesenen Bevölkerungsteile und zugleich auch für die Erhaltung dieser Arbeitskraft auskommen müsse. Er äußert sich in der Fürsorge für das Gefinde, für Schiffsbesatzung, für die Handlungsgehilfen und Gewerbegehilfen und für die in Steinbrüchen usw. beschäftigten Personen.

Zur Durchführung des Gedankens diente eine Versicherung durch gemeinschaftliche Kassen. Auf die besonderen Gefahren des Bergbaus waren die Knappschaftskassen eingestellt; die Knappen entschädigten bei Unglücksfällen und Erkrankung durch eine Sammlung den Verletzten, die zunächst freiwillig, später aber zwangsweise vorgenommen wurden. Die erste gesetzliche Regelung erfolgte durch die Rutenberger Bergordnung im Jahre 1300, der später weitere Bergordnungen folgten. Schließlich führte das Knappschaftsgesetz vom 10. April 1854 für alle Berg- und Hüttenarbeiter den Versicherungswang ein. Schon im Mittel-

alter forsteten die Zünfte und Innungen, die Schulkassen des Handwerks und die Gelellensverbände für ihre von Verfall oder Erkrankung betroffenen Mitglieder. Durch die Gewerbeordnung von 1845 wurde auch hier der Versicherungswang eingeführt.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung wurden dann 1849 auch auf alle Fabrikarbeiter zur Anwendung gebracht.

Mit der dann nach 1870 einsetzenden Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat und der ungeheuren Vergrößerung der industriellen Unternehmungen aller Art und der Erzeugung der Sandarbeit durch maschinelle Einrichtungen reichten die bisherigen sozialrechtlichen Bestimmungen nicht mehr aus. Der Staat sah sich gezwungen, besonders auch unter dem Druck der in den Gewerkschaften größtenteils vereinigten Arbeiterschaft, eine einheitliche und der modernen Entwicklung gerecht werdende Sozialversicherung für das ganze Reichsgebiet zu schaffen.

Auf Veranlassung Bismarcks richtete Kaiser Wilhelm I. am 1. November 1881 eine Votschaft

an das deutsche Volk, die sogenannte Magna Charta der Sozialpolitik des Deutschen Reiches, die der künftigen Sozialversicherung die Bahnen weisen sollte. Der Zweck der Versicherung sollte vor allem sein, durch die Förderung des Wohles der Arbeiter, durch ausreichende Schutzbestimmungen und Hilfsmaßnahmen gegen Unfall, Invalidität, Krankheit und Arbeitslosigkeit die wirtschaftlich schwachen Teile des deutschen Volkes vor Not zu bewahren und damit zugleich nationalpolitisch den inneren Frieden des Deutschen Reiches zu erhalten, der durch die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entfesselten sozialen Kämpfe ernstlich bedroht erschien, und wirtschaftspolitisch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu heben.

In Ausführung dieser Votschaft wurden nun in den Jahren 1883—1887 eine Anzahl von Gesetzen und Verordnungen erlassen.

Die Praxis ergab, daß aber alle diese Gesetze den wirklichen sozialen Gesichtspunkten bei weitem nicht gerecht wurden und infolge Uneinheitlichkeit der Sozialversicherung auch eine große Rechtsunsicherheit bei der Anwendung der Gesetze zur Folge hatte. So wurde im Jahre 1911 die Sozialgesetzgebung erneut geordnet und in eine verbesserte Form gebracht; aber trotz dieser Ueberholung und Verbesserung muß heute festgestellt werden, daß diese bis heute geltende Sozialversicherung in keiner Weise den wirklichen Bedürfnissen entsprechen kann und eine tatsächliche

Neuordnung nach sozialistischen Gesichtspunkten die große Aufgabe unserer Tage

sein muß. Allein der Hinweis, daß die bisherige Sozialversicherung das Gesichtsbild eines liberalistisch-kapitalistischen Staates war, wird die Unzulänglichkeit der Maßnahme genügend erklären.

1911 wurde die Reichsversicherungsordnung (RVO.) erlassen. Durch sie erfolgte zunächst eine Erweiterung des Versicherungskreises, ein Ausbau der Leistungen, eine Verbesserung der Organisation, eine Vereinheitlichung verschiedener Versicherungsweisen und eine Regelung der Grenzen und Beziehungen der einzelnen Versicherungen. Die wichtigsten Gesetze sind:

Reichsversicherungsordnung, Reichs-

gesetz für die Angestelltenversicherung.
Weiter ausgebaut und verbessert wurde die Sozialversicherung durch die Reichsversicherung von 1919, durch das Reichsinvaliditätsgesetz von 1923, durch die Änderung der RVO. und Invaliditätsgesetz von 1924 und 1928, durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927.

Verflechtet wurde die Sozialversicherung durch die berühmten Notverordnungen aus den Jahren 1930 bis 1932.

Die Grundlagen der heutigen Sozialversicherung entstammen einer Zeit, die infolge ihrer verkehrten Auffassung von Staat, Volk und Wirtschaft den wirklichen sozialen Sinn nicht erfährt hat und die Kämpfe der vergangenen Zeitepoche in sozialrechtlicher Hinsicht durch Schaffung einer unzulänglichen Sozialversicherung beseitigen zu können glaubte. Eine tatsächliche allgemeine zufriedenstellende Lösung kann aber nur gefunden werden, wenn man zunächst einmal das Uebel an der Wurzel packt und die sozialen Mißstände selbst beseitigt. Schafft man durch Erziehung einer wahren deutschen Volks- und Arbeiterschaft in nationalsozialistischem Sinne die sozialen Gegensätze zwischen Staat und Wirtschaft einerseits und dem Volke andererseits aus der Welt, dann wird eine neue und bessere Regelung der gesamten Sozialversicherung sich von selbst ergeben. Bei dieser Frage wird dann nur noch die Organisation von Bedeutung sein, der materielle Inhalt der Sozialversicherung sich aber aus dem Geiste selbst ergeben, der in einem nationalsozialistischen Staate alle Teile unseres Volkes beseitigt. Die rechtliche Gleichstellung des Arbeiters (Unter „Arbeiter“ sind alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu verstehen, die Schriftl.) im Staate, seine Mitwirkung an den Staatsgeschäften und die vernünftige Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters sowohl als auch des Unternehmers werden gewisse Voraussetzungen als Grundlage einer Neuordnung der sozialrechtlichen Angelegenheiten haben, die bisher gefehlt haben, einer neuen nationalsozialistischen Menschheit aber als Selbstverständlichkeiten erscheinen werden.

Darauf wird sich dann ein Neubau auch hinsichtlich der Sozialversicherung errichten lassen, der organisch und festgefügt den natürlichen Ansprüchen des deutschen Volkes überhaupt entspricht.

Träger dieser Sozialversicherung werden die deutschen Arbeiter selbst sein,

die damit es selbst in der Hand haben, eine allgemeine Lösung der sozialen Maßnahmen herbeizuführen und zu verwirklichen. Soweit aber die Altersversicherung eine Frage nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des ganzen deutschen Volkes ist, wird der Staat selbst die Regelung dieser Frage in seine Hände nehmen und in nationalsozialistischer Gerechtigkeit lösen.

Werner Bunt.

Brigitte Helm
und
Jan Kiepura
der weltberühmte Tenor
in

Die singende Stadt

mit: **Georg Alexander, Walter Janssen, Gertr. Berliner**
Dazu ein ausgesuchtes Beiprogramm!
Beginn: **4.00 6.15 8.30** Uhr
Jugendliche nachmittags halbe Preise.

RESI Waldstrasse 30
Telefon 5111.

Badisches Staatstheater
Sommer-Sperre im Stadt-Konzerthaus
Dienstag, den 22. August

Der Königsleutnant

Singspiel
nach Karl Gutzkow
Musik v. Fred. Baymond
Dirigent: Wiede
Regie: Frisch
Mitwirkende: Löfer,
Schönhäler, Land,
Kraiger, Fritz, Gredener,
Karlott, Degner,
Schömb, Macher,
Bauer, Großfand, Hofer,
Nidinius, Lehner,
Killing, Schneis
Anfang: 20 Uhr
Ende gegen: 23 Uhr
Preise 0,90—2,90 M.

Mi. 23.
8. Der Jarewitsch. —
Do. 24. 8. Der Kö-
nigsleutnant. Fr. 25.
8. Der Jarewitsch.
Sa. 26. 8. Winter.
So. 27. 8. Der
Jarewitsch.

Ein netter Abend
verleben Sie im
7278

ROEDERER
Seit 1889

**Hitler hinter
Festungsmauern**

Neu erschienen
OTTO LURKER

Mit 20 Abbildungen. In farbig. Umschlag **RM. 1.50**

Der damalige Strafanstaltswachmeister in Landsberg am Lech, schildert in dieser Schrift aus eigener Anschauung sehr ergreifend und fesselnd Hitlers Landsberger Festungszeit. Das Buch ist vorzüglich geeignet, die Persönlichkeit Hitlers dem deutschen Volk menschlich und innerlich näherzubringen.

Das Geleitwort schrieb **Rudolf Heß** sein treuer Mitkämpfer

Zu beziehen durch den

FÜHRER-VERLAG G.M.B.H.
Abteilg. Buchvertrieb Kaiserstr. 133 • Fernruf 1371 • Postscheck 2935

Geschäftsverlegung
Der verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe, sow. meiner werten Kundenschaft zur Kenntnis, daß ich nach
Lessingstraße 11
umgezogen bin 27834

Hermann Scherrer
Gips- und Stukaturgeschäft
Lessingstraße 11 — Telefon 3632

Saar-Rundgebung
am Niederwalddenkmal
Sonntag, den 27. Aug. 1933

Um zahlreiche Beteiligung seitens der Karlsruher Einwohner wird gebeten. Abfahrt mit Postauto 5 Uhr früh ab Hauptpost. Ein- und Rückfahrpreis RM. 7,00. Von untern Randsteilen erwarten wir reifliche Beteiligung. Anmeldung bis spätestens 24. August, abends, bei der Geschäftsstelle Saarverein, Wilhelmstr. 13, Tel. 2863.

SPARKASSE SP

Immer gleich
nach jedem Gehalts- oder Lohn-Empfang wenigstens einige Mark zu uns!

Sie werden staunen, wie rasch sich dann Ihr Kapital mit den Zinsen mehrt. 28827

Städt. Sparkasse
Bruchsal

Küchen
18018
prachtvolle Modelle von 100.- Mk. an im Spezialhaus
Furniß Zähringerstraße 77
hint. Hammer & Heibling

Plundwäsche
hochfein feucht Pfund 10 Pfg.
Wäscherei
Karl Pfützner
Karlsru.-Mühlweg
Telef. 6723 (27066)

Versteigerungen

Zwangsversteigerung
Mittwoch, den 23. August 1933, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal Herrenstr. 45 a gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 Piano, 1 Operationsstuhl, 2 Kleider-schränke, 1 Tisch, 1 Sofa, 1 Schreibstisch, 3 Büffets, 5 Kassetten, 1 Sekretär, 1 Kommode, 1 Wäscherkasten, 2 Ardenzen, 1 Tafelkloster und 1 Gemälde.
Karlsruhe, den 21. August 1933.
Roe, Obergerichtsvollzieher. 4108

Zwangsversteigerung
Mittwoch, den 23. August 1933, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal, Herrenstr. 45 a gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 3 Klaviere, 4107
Karlsruhe, den 21. August 1933.
Sohns, Gerichtsvollzieher.

Korbmöbel-Geschäfte
Welches Geschäft liefert Kinderportwagen gegen gute Herren-Arbeit. Aug. u. 4034 an den Führer-Verlag.

Kauft nur bei Führer-Insertanten

Email-Kohlenherde
von **RM. 60.-** an
Ihr alter Herd wird in Zahlung genommen.
G. Dürr
Wilhelmstraße 63
24415

Rundstäbe
für Gähnenstangen u. sonstige Zwecke, liefert
Joh. Gerhardt
Horsheim 27553
Baherstr. 38 - Tel. 6963
Wer litt schon a. Schw.

Intercostal-Neuralgie
und wie gebilligt? Vrdl. Aufdr. u. 3957 an den Führer-Verlag.

Meidet die Totengräber des Mittelstandes: Einheitspreis-geschäfte, Warenhäuser!

COLOSSEUMSAAL
Mittwoch, den 23. August 1933, um 20³⁰ Uhr

Seeres-Lehrfilm

vorgeführt von General Haenichen, Berlin, über Tätigkeit u. Ausrüstung der Pioniere im Reichsheer. Flußübergang der Kavallerie und größerer Infanterie-Verbände. 27825
Eintritt 80 Pfg. **Sahheim wirkt mit.** Uniformierte 15 Pfg.
Es laden ein: **Landesverband ehem. Pioniere in Baden** **Pionier-Verein Karlsruhe**

STADTGARTEN

Mittwoch, den 23. August 1933, von 4—6.30 Uhr:
Nachmittagskonzert (Streichkonzert)
Neues Philharmonisches Orchester Karlsruhe
Leitung: Kapellmeister Rudolf Kurt Guhr.

Haare pflanzen kann man nicht Haar erhalten, unsere Pflicht!

Gg. Schneider & Sohn
I. Wirt, Haarbehandlungs-Institut, Karlsruhe
Reichstr. 16, Ecke Karlsru, Nähe Altbah., Telefon 7804

Volle Anerkennung

spreche ich der **Caritas-Vorsorge** der Kath. Volkshilfe aus für die sofortige Auszahlung der doppelten Versicherungssumme in Höhe von **RM. 1580.-**

anlässlich des tödlichen Unglücksfalles meiner lieben Frau. Da die billigen Volksversicherungen der Caritas-Vorsorge der Kath. Volkshilfe gleich eine Doppelauszahlung bei Unfalltod vorsehen, konnte gleich gegen Vorlage der Unterlagen dieser doppelte Versicherungsbetrag an mich ausbezahlt werden.
Ich kann daher dieses gemeinnützige Versicherungsunternehmen nur jedermann zum Beitritt bestens weiterempfehlen.
Karlsruhe, den 19. August 1933.
78799 **Franz Kramer**, Gastwirt zum Walfisch.

Schütze Deine Familie

durch Deinen Beitritt zum Deutschen Herold

Seine Begräbnis-Versicherung
sichert eine würdige Bestattung. Auf Wunsch Vorauszahlung im Versicherungsfall.

Seine Kinderversicherung
sichert den Söhnen die Kosten der Berufsausbildung oder des Studiums, den Töchtern die Kosten der Brautausstattung.

Seine Lebensversicherung
sichert den Eltern einen sorgenfreien Lebensabend.

Niedrige Prämien; keine Wartezeit, lokale Aufnahmebedingungen, größte Sicherheit der Leistungen.

Anfang 1933: 1 652 000 Versicherte
Die Auszahlungen an unsere Versicherten betragen seit 1924 bis jetzt 48 Millionen Reichsmark und im Jahre 1932 allein über 8 Millionen Reichsmark
„Aktiven 89 Millionen Reichsmark“
Verlangen Sie kostenlose unverbindliche Auskunft. Geschäftsstellen in allen Städten Deutschlands.

Deutscher Herold
Volks- und Lebensversicherungs-AG.
Berlin SW 48, Friedrichstr. 219-220. Fernr. J 5, Bergmann 9200-9219.
Tätige Mitarbeiter, auch nebenberuflich, liberal gesucht.

Lerne

von Erfolgreichen!

Gib Deine Anzeigen dem „Führer“!